

1448 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1975  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pyhrn Autobahn-Finanzierungs-  
gesetz geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll ein rascher Ausbau der Pyhrn Autobahn gewährleistet werden. Als Bau- und Finanzierungsträger wird die Gleinalm-Autobahn Aktiengesellschaft herangezogen, wobei ein Gesamthaftungsrahmen des Bundes einschließlich aller Zinsen und Kosten von 14.840 Millionen Schilling vorgesehen ist. Nach dem Ende der Bauzeit werden die aufgenommenen Kredite aus den Mauteinnahmen und aus den Mitteln der Bundes-mineralölsteuer bedient.

Nach den Erläuterungen der Regierungsvorlage unterliegen von dem gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates die Bestimmungen des Art. I Z. 8 und 10 bis 13 sowie des Art. II soweit er sich auf die vorgenannten Bestimmungen bezieht, im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1975 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 12. Dezember 1975 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz geändert wird, wird - soweit er dem Einspruchsrecht des Bundesrates unterliegt - kein Einspruch erhoben.

Wien, 1975 12 17

S c h i c k e l g r u b e r  
Berichterstatte

S e i d l  
Obmann